



Berlin, 05.12.2014

Erklärung zur Debatte über die sanktionsfreie, individuelle Mindestsicherung und Kindergrundsicherung in der Fraktion DIE LINKE.

Mit Verwunderung haben wir erfahren, dass einige Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE. grundlegende Beschlusslagen der Partei DIE LINKE. zur sanktionsfreien, individuellen Mindestsicherung und zur Kindergrundsicherung im Antrag der Fraktion anlässlich zehn Jahre Hartz IV umgehen oder verwässern wollen.

Ausdrücklich erklären wir uns solidarisch mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Hartz IV DIE LINKE und vielen Genossinnen und Genossen, die Folgendes entsprechend Beschlüssen und Wahlprogrammen unserer Partei fordern:

"In diesem Antrag müssen ganz klar und nicht verwässert enthalten sein:

- ein Mindestlohn von 10 Euro, bis zum Ende der Wahlperiode an 60 Prozent des nationalen Durchschnittslohnes ausgerichtet werden. Das sind derzeit zwölf Euro. **DARUNTER IST LOHNDUMPING!**

- eine sanktionsfreie, individuelle Mindestsicherung in Höhe von derzeit 1050 Euro netto. **DARUNTER DROHT ARMUT!**

Dazu gehören eindeutig auch die im Wahlprogramm (wie auch bei der Mindestrente 1050 Euro) geforderten Zusätze: *plus Wohngeld im Bedarfsfall (individualisiert, bezogen auf Bruttowarmmiete, den Mietkostenunterschieden angepasste regionale Wohngeldtabellen) und Sonderbedarfe für Menschen mit Behinderung oder chronischer Krankheit.*

- eine Grundsicherung für alle Kinder und Jugendlichen in Höhe von 536 Euro. **DAS IST DAS VERFASSUNGSRECHTLICHE EXISTENZMINIMUM!**

Weitere Informationen dazu und ein Schreiben von Katja Kipping zum Thema finden sich auf der [Website der BAG Hartz IV DIE LINKE.](#)

Wir halten die sanktionsfreie, individuelle Mindestsicherung in Höhe von 1050 Euro zwar nicht für das beste und für ein ausreichendes Instrument, um Hartz IV, soziale Spaltung und die exorbitante Reichtumsmehrung in den obersten Einkommens- und Vermögensschichten wirklich in Gänze zu beseitigen – z. B. weil infolge der weiter bestehenden Bedürftigkeitsprüfungen (sozialadministrative Einkommens- und Vermögensprüfung) weiterhin arme Menschen aus dem Leistungsbezug ausgegrenzt werden, weil weiterhin Mindestsicherungsbeziehende gegen Mindestlohnbeziehende ausgespielt werden können, und weil eine ausreichende und angemessene Rückverteilung gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten nicht stattfindet. Ein Grundeinkommen würde diese Schwachstellen beseitigen und wäre ein nachhaltiges Instrument zur Gestaltung einer demokratischen Gesellschaft.

Aber: Die Richtung stimmt. Eine sanktionsfreie, individuelle Mindestsicherung in Höhe von 1050 Euro würde sehr vielen die Existenzangst nehmen und ein würdevolleres Leben ermöglichen! Deshalb haben wir mit der BAG Hartz IV DIE LINKE dafür gestritten und tun es auch weiterhin!